

Warschauer Presseecho



Die Agenda-Seite „Mein Polen“ von Andrzej Rybak über das Polen der Kaczynski-Zwillinge, erschienen in der FTD vom 21. September, hat im Nachbarland ein lautes Medienecho ausgelöst. Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einem Kommentar der regierungsnahen Tageszeitung „Rzeczpospolita“.

Wo ist dieses Polen?

Andrzej Rybak betitelt seinen Artikel in der Financial Times Deutschland äußerst treffend „Mein Polen“. Denn das Bild Polens, das er dort schildert, basiert auf Vorurteilen, Ängsten, Phobien, Lügen und Manipulationen eines einzelnen Menschen – Andrzej Rybak. Das Problem besteht darin, dass ein solches Bild allgemeingültig unter den deutschen und auch den europäischen Eliten wird.

Man könnte sich ausgiebig über die unzähligen Fehler in dem Text auslassen (...). Na ja, wenn man im Schweiß seines Angesichts eine riesengroße Pyramide aus Fäseleien errichtet, kann schon gelegentlich eine Ungenauigkeit vorkommen.

(...) Der Autor wurde neidisch auf die Fachkollegen der „Süddeut-

schen Zeitung“, von „La Repubblica“ und „El País“, er wollte sie um jeden Preis beim Malen des unheilvollsten Porträts des zeitgenössischen Polens übertrumpfen. Die Aufgabe war nicht einfach, weil die Latte überaus hoch gelegt wurde. Vergleiche mit Putin sind schon banal, Rybak griff also zu Stalin. Da soziologische Analysen die westlichen Leser wohl zu sehr durcheinanderbringen würden, schreibt der Autor also direkt: Polen, die die PiS (Recht und Gerechtigkeit, die Partei der Kaczynskis, Anmerkung der Redaktion) befürworten, sind blind, dumm, arm, rückständig, fanatisch und intolerant.

Eine der Zwischenüberschriften Rybaks lautet „Leben in zwei verschiedenen Welten“. Tatsächlich, Rybak scheint in einer völlig anderen Welt zu leben als die Mehrheit der Polen – in einer Welt, die für die Bedürfnisse der falschen These erschaffen wurde. Das könnte sogar eine interessante Übung für Nachwuchsjournalisten werden – zum Beispiel beweisen, dass Nordkorea ein Schlaraffenland ist. Kann man das? Natürlich. Das Problem liegt darin, dass keine Zeitung, die auf ihr Ansehen bedacht ist, so etwas veröffentlichen würde. Die Financial Times Deutschland tat es.

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann

Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold

Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel

Art Director: Nils Werner

Bildchef: Peter Raffelt

Nachrichtenchef: Sven Clausen

Unternehmen: Guido Warlimont

Politik: Andreas Theysen

Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart

Agenda: Dr. Nikolaus Förster

Online: Dr. Anton Notz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die vorstehend als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion.

Geschäftsführer: Christoph Rühl
Anzeigenleiter: Mario Suchert

Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310
ISSN 1615-4118

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb
Leitung: Randi Greve, Düsternstr. 1-3,
20355 Hamburg

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Mitgefangen, mitgehungen

Die Kreditkrise geht in die nächste Runde: Deutschland und Frankreich droht ein Wechselkurschock



WOLFGANG MÜNCHAU

Mittlerweile ist es dem Allerletzten klar geworden: Wir haben keine US-Hypothekenkrise, sondern eine globale Finanzkrise. Wahrscheinlich ist selbst das eine Untertreibung. Wir stehen vielmehr am Abgrund eines globalen Wirtschaftsabschwungs mit tiefen Rezessionen in einigen Regionen. Besonders schlimm betroffen sind alle Länder, in denen Englisch gesprochen wird, vor allem die USA und Großbritannien. Dort sehe ich eine Rezession in den nächsten Quartalen, denn die Geldpolitik hat zu wenige Spielräume, um auf die Immobilienkrise zu reagieren.

In diesen Ländern ist die Neubewertung von Krediten die denkbar schlimmste Wirtschaftskatastrophe überhaupt. Es ist ungefähr so, als würde man einen Alkoholiker nach 20 Jahren über Nacht auf Entzug setzen. Ohne einen boomenden Häusermarkt, ohne billige Kredite ist es mit der Dynamik dieser Volkswirtschaften nicht weit her. Die USA und Großbritannien brauchen billige Kredite in großen Mengen, um überhaupt zu funktionieren. Die in Bedrängnis geratene britische Hypothekbank Northern Rock war zum Beispiel dadurch bekannt, dass sie Hypotheken im Wert von 130 Prozent des Immobilienwerts verliert. In England ist es ebenfalls üblich, dass Hypotheken eine Größenordnung des fünfjährigen Bruttojahreseinkommens ausmachen. Da brauchen nur die Zinsen etwas zu steigen, und dieses Spielchen fällt wie ein Kartenhaus zusammen – ähnlich wie das Kartenhaus angeblicher angelsächsischer wirtschaftlicher Überlegenheit.

Nur sollte man sich in Deutschland nicht zu früh freuen. Schadenfreude wäre nicht nur schlechter Stil, man würde sich ins eigene Ge-

nick schießen. Deutschland hängt letztlich genauso tief drin, obwohl das zunächst nicht so offensichtlich ist. Natürlich sind die Deutschen ein Volk von Sparern, nicht von Kreditnehmern. Auch um die deutschen Banken sollte man sich nicht allzu viele Sorgen machen. Die Landesbanken werden ihre Dummheiten mit Fusionen bezahlen. Die Privatbanken werden entweder geschluckt oder verkraften die Krise. Es wird auch weiterhin einen liquiden Bankenmarkt in Deutschland geben, so oder so.

Auch dass die Kreditkrise zunächst in Deutschland ausgebrochen ist, dürfte eher Zufall gewesen sein. Deutsche Banken haben zwar diesen ganzen Kreditmüll gekauft, aber nicht in größerem Ausmaß als Banken anderer Länder. Deutschland ist kein Hauptbeteiligter.

Und trotzdem wird es genauso in diesen Strudel mit hineingerissen. Denn Deutschland hat eines mit den angelsächsischen Ländern ge-

müsse in Deutschland die bestehenden mittelständischen Industriestrukturen bewahren, statt die Märkte zu öffnen. Wenn der Abschwung jetzt über uns hereinbricht, sind wir wieder da, wo wir bei Gerhard Schröder waren: In einer hastigen Reformdebatte. Denn wir haben wieder einmal in einem Aufschwung die Reformen vor uns hergeschoben.

Die eigentlichen Lehren aus dieser Krise haben daher auch nichts mit Hedge-Fonds oder Private Equity zu tun. Die Amerikaner haben mehr als zehn Jahre über ihre Verhältnisse gelebt. Die Briten waren parasitäre Nutznießer des US-Booms und unterlagen der Illusion, ein erfolgreiches Finanzzentrum sei für eine erfolgreiche Wirtschaft hinreichend; und die Deutschen schwelgen immer noch in der Wirtschaftsromantik aus den Zeiten von Kohle und Stahl. Für Frankreich gilt im Übrigen dieselbe Kritik in noch stärkerem Maße. Frankreich hatte anders als Deutschland nicht einmal einen richtigen Aufschwung.

Deutschlands und Frankreichs Achillesferse ist der Euro. Ab einem Euro-Wechselkurs von 1,40 \$ stottert der Exportmotor, ab 1,50 \$ läuft nichts mehr. Mit der vom französischen Präsidenten propagierten Wechselkurspolitik wird man das Problem nicht lösen, denn es geht hier nicht um Spekulanten, die die Kurse hochtreiben, sondern um Zentralbanken, die jetzt anfangen, ihre Dollar-Reserven auf den Markt zu werfen. Durch diesen Wechselkursmechanismus wird Deutschland in eine Krise gerissen, die es nun wirklich nicht mitverschuldet hat.

Präsident Richard Nixons Finanzminister sagte zu den Europäern in den 70er-Jahren: Der Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem. Man kann über die Kreditkrise im Grunde dasselbe sagen mit dem einzigen Unterschied, dass diesmal auch die Amerikaner ein Problem haben. Es ist diesmal eine symmetrische Krise.

E-MAIL munchau@eurointelligence.com

WOLFGANG MÜNCHAU ist FTD- und FT-Kolumnist. Er leitet den Informationsdienst Eurointelligence.com.

Der Servicesektor ist zu schwach, um die Krise abzufedern

meinsam, nämlich die tragische Tendenz, seine größte Schwäche als seine größte Stärke zu betrachten. So glauben die Angelsachsen, ihre Kreditabhängigkeit habe etwas mit innovativen Finanzmärkten zu tun. Der parallele Irrglaube in Deutschland lautet, Exportabhängigkeit und mittelständische Strukturen seien eine Stärke. Das Gegenteil ist der Fall. Deutschland hat eine viel zu schwache inländische Struktur, insbesondere einen viel zu schwachen Dienstleistungssektor, der in globalen Krisenzeiten ein wichtiger Puffer sein könnte. Wirtschaftspolitik hierzulande reduziert sich nach wie vor auf Mittelstandspolitik. Im gerade zu Ende gehenden Aufschwung ging es dieser zyklischen Industrie besonders gut. Die letzten zwei Jahre schienen denen recht zu geben, die behaupteten, man

Künstliche Gräben

Wolfgang Schäuble will im Kampf gegen den Terror enger kooperieren mit den USA. Wichtiger ist, die Gemeinsamkeiten zu erkennen

VON MICHAEL JACOBSON

Dank der Hilfe von US-Diensten konnten in Deutschland zuletzt drei „hausgemachte“ mutmaßliche islamistische Terroristen festgesetzt werden. Doch in den Monaten zuvor wurde das transatlantische Verhältnis auf eine harte Probe gestellt.

Die Staatsanwaltschaft München forderte die Auslieferung von CIA-Agenten, die angeblich einen Deutschen verschleppt hatten. In Italien hat ein Prozess gegen 26 CIA-Leute begonnen, denen in Abwesenheit vorgeworfen wird, einen Imam gekidnappt zu haben. Die Briten werfen Amerika vor, ihre Bedenken zu den Verschleppungen missachtet zu haben.

Dies alles hat beidseits des Atlantiks die Einschätzung gestützt, dass die Bekämpfung des Terrorismus seit dem 11. September 2001 nicht in Einklang steht. In der aufgeheizten Debatte werden aber wichtige Gemeinsamkeiten übersehen.

Die USA und Europa stehen vor ähnlich gearteten terroristischen Gefahren. Vor dem 11. September konzentrierte sich al-Kaida ausschließlich auf die USA. Amerikanische Ziele haben heute zwar immer noch hohe Priorität für al-Kaida, aber die Anschläge in Madrid 2004 und in London 2005 sowie die jüngst vereitelten Angriffspläne in Großbritannien und Deutschland machen deutlich, dass die USA nicht mehr alleiniges Ziel sind.

Und tatsächlich gehen Europäer und Amerikaner bei der Terrorismusbekämpfung ähnlich vor. So sind einige europäische Länder dem Vorbild der USA gefolgt und haben die Rolle der Staatsanwaltschaften und der Sicherheitsbehörden neu definiert. Anstatt nach einem Angriff zu ermitteln, besteht die Hauptaufgabe nun in der Prävention terroristischer Akte.

Sowohl in den USA als auch in Europa steht bei dieser Präventivstrategie eine aggressivere Vorgehensweise der Ordnungshüter im Mittelpunkt. So wurden allein 2006 in europäischen Ländern mehr als 260 als Terroristen verdächtige Islamisten verhaftet. Den meisten

wurde nicht die Vorbereitung eines Anschlags zur Last gelegt, sondern andere Straftaten wie die Finanzierung, das Anwerben und die Unterstützung von Terroristen.

Auslöser für den Sinneswandel war die Erkenntnis, wie schlimm künftige Angriffe ausfallen könnten. „Hat man es mit Verdächtigen wie diesen zu tun, ist es besser, sie vorher und nicht hinterher zu verhaften“, sagte Nicolas Sarkozy schon als französischer Innenminister dazu, warum die Behörden in einem Fall schnell eingegriffen hatten, bei dem ein möglicher Angriff mit Chemiewaffen vereitelt worden war. Und ein deutscher Staatsanwalt formulierte die Gefahr ebenso drastisch wie jüngst

Tatsächlich gehen Europäer und Amerikaner heute schon ähnlich vor

Wolfgang Schäuble: „Wir können nicht warten, bis die Anschläge erfolgt sind und die Toten in den Straßen liegen“, erklärte der Ankläger bei einer Gerichtsverhandlung, warum die Ermittler in dem Fall so früh eingegriffen hätten.

Veränderte Gesetze haben es den Ordnungshütern nach dem 11. September erleichtert, von sich aus aktiv zu werden. Die USA erließen den Patriot Act, europäische Länder folgten mit eigenen Gesetzen, mit denen sie die Befugnisse der Behörden im Kampf gegen den Terrorismus ausweiteten.

Speziell bei der Anklageerhebung gegen mutmaßliche Terroristen stehen die USA und Europa vor vergleichbaren Problemen. Freisprüche, erfolgreiche Einsprüche und eingestellte Prozesse stellen die Erfolge der Klägerseite oft in den Schatten. Die juristischen Hindernisse sind in Europa ähnlich wie in den USA: Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen nicht verwendet werden, Verschwörungen müssen im Frühstadium erstickt werden, eine umfas-

sende internationale Zusammenarbeit ist erforderlich.

Die jüngsten Ereignisse in Deutschland zeigen einmal mehr, dass in Europa lebende Terroristen sowohl an amerikanischen als auch an europäischen Zielen interessiert sind. Amerikaner und Europäer müssen daher die Vorstellung überwinden, ihre Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung seien unvereinbar. Mit den mehr oder minder neuen Regierungen in London, Berlin und Paris besteht die Chance, eine neue Atmosphäre zu schaffen – eine, in der die Gemeinsamkeiten, auch gemeinsame Schwierigkeiten, hervorgehoben werden.

Mit dem Fokus auf die Gemeinsamkeiten könnte deutlich werden, dass beide Seiten gar nicht so weit voneinander entfernt sind wie häufig dargestellt. Es könnte die US-Öffentlichkeit beruhigen zu wissen, dass Europa enorme Fortschritte bei der Terrorismusbekämpfung gemacht hat. Die europäische Öffentlichkeit wäre möglicherweise überrascht über die vielen nicht militärischen Aspekte der Terrorismusbekämpfung der USA.

Um ihr Engagement für eine strategische Zusammenarbeit zu demonstrieren, müssten die USA und Europa eine gemeinsame Kommission einrichten, die Erfolge und Misserfolge bei der Terrorismusbekämpfung bewertet. Es sollten nicht nur Einzelfälle überprüft werden, sondern auch die Wirksamkeit der Strategien und der Rechtspraxis insgesamt.

Es wird keine Einheitslösung geben. Doch die Kommission könnte versuchen, Bereiche auszumachen, in denen gemeinsame Ansätze entwickelt werden können. Je mehr sich die USA und Europa ähnlicher Strategien und Gesetze bedienen, desto besser werden sie bei heiklen Fragen der Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten. Das wird helfen, Amerikaner wie Europäer besser zu schützen.

MICHAEL JACOBSON ist Senior Fellow des Washington Institute for Near East Policy.

BAHNBRECHEND.

Der weltweit erste Quadcore-Prozessor für Mainstream-Server ist da. Mehr Informationen unter intel.de/quad-core
COMPUTERLEISTUNG BEGINNT MIT INTEL INSIDE.



© 2007 Intel Corporation. Intel, das Intel-Logo, Intel Core, Xeon und Intel Inside sind Marken der Intel Corporation oder ihrer Tochtergesellschaften in den USA oder anderen Ländern. Alle Rechte vorbehalten.